

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Berlin,
5. März 2025

- per E-Mail -

Vertrauensverlust

Sehr geehrte Abgeordnete,

Sie persönlich haben sich noch vor wenigen Tagen im Wahlkampf engagiert. Zu den großen Themen von CDU und CSU zählten die Verteidigung der Schuldenbremse und alle Wirtschaftsthemen, um die deutschen Unternehmen wieder wettbewerbsfähig zu machen. Die Union hat dementsprechend die höchsten Kompetenzwerte bei soliden Staatsfinanzen und Wirtschaftskompetenz. Dafür genießen Ihre Partei und Sie ein hohes Ansehen und Vertrauen in der breiten Unternehmerschaft Deutschlands.

Gestern Abend wurde dieses Vertrauen schlagartig schwerst erschüttert. Lassen Sie mich das in wenigen Punkten erläutern:

1. Der Sonder-Schulden-Fonds für Infrastrukturinvestitionen ist vorerst gar nicht nötig. In den letzten Jahren sind die Mittel im Bundeshaushalt für Infrastruktur deutlich gestiegen. Die Mittel fließen aber gar nicht alle ab. Dafür müsste zuerst das Planungsrecht verändert werden und die Kapazitäten der Baufirmen müssen über die Jahre erhöht werden.

500 Milliarden Euro zusätzlich zu den normalen Haushaltsmitteln sind eine gigantische Summe. Oder sollen die Mittel aus dem regulären Haushalt reduziert werden? Die Summe ist jedenfalls so groß, dass bereits gestern Abend erklärt wurde, dass damit auch Kitas und Krankenhäuser bedacht werden – was bisher als Daseinsvorsorge ja eine klassische Aufgabe eines regulären Haushaltes ist.

Hat jemand schon berechnet, wie diese Summe in einigen Jahren mit ihren Zins- und Tilgungszahlungen den regulären Haushalt belastet?

Warum probiert man nicht erst aus, ob die Sanierung der Infrastruktur ohne Schulden geht, wenn man privates Kapital dafür einsetzt. Für die Refinanzierung fiele Ihnen und uns sicher einiges ein, ein Beispiel wäre die Maut.

2. Für die Verbesserung unserer Verteidigung wird kein Sonder-Schulden-Fonds geplant, sondern eine komplette Ausnahme von der Schuldenbremse.

Marie-Christine Ostermann
Präsidentin

Charlottenstraße 24
10117 Berlin
Tel. 030 300 65-310
praesidentin@
familienunternehmer.eu

Mitglieder des Bundespräsidiums
Präsidentin:
Marie-Christine Ostermann
Vizepräsidenten:
Dr. Friderike Bagel
Rüdiger Behn
Fabian Kienbaum
Claudia Sturm
Udo J. Vetter
Doris Zur Mühlen

Dr. Patrick Adenauer
Heinrich Deichmann
Reinhold von Eben-Worlée
Jens Fiege
Lutz Goebel
Albrecht von der Hagen
Frauke Helf
Thomas Hoppe
Dr. Caroline von Kretschmann
Dirk K. Martin
Dr. Alfred Oetker
Sophia von Rundstedt
Johannes Freiherr von Salmuth
Alexander Schwörer
Dr. Eva Vesterling
Sebastian Witt
Larissa Zeichhardt
Dr. Reinhard Zinkann

Seite 2
zum Schreiben vom
5. März 2025

Es gibt keinerlei Begrenzung des Volumens und auch keine zeitliche Grenze, wann hier die Schuldenbremse jemals wieder gelten soll. „Verteidigung“ ist ein ähnlich unpräziser Begriff wie „Infrastruktur“. Ohne enge Definition wäre dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Ein Beispiel: Zur Verteidigungsfähigkeit der Zivilgesellschaft gehören schnell auch die Feuerwehren oder das medizinische Personal oder die Sanierung von Brücken, über die der NATO-Nachschub rollen muss – falls aus den Infrastruktur-Schulden zu viele Kitas und Kraftwerke finanziert wurden.

3. Die Schuldenbremse für die Länder soll an die Bundesregelung angepasst werden. Das ist im Kern verständlich. Aber wenn die Länder schon Schulden machen dürfen, warum sollen sie dann aus den Infrastruktur-Schulden des Bundes 100 Milliarden € bekommen? Es ist der Bund, der jetzt vor den großen Herausforderungen steht: Von der äußeren Sicherheit über Klimaschutz bis zu Wirtschaftsreformen.

4. Es soll auch noch die bisherige Schuldenbremse „modernisiert“ werden. Wer die Diskussionen dazu beobachtet hat, weiß, dass es um mehr Schulden geht.

Fazit: Gleich an vier Stellen soll die Schuldenbremse gründlich umgestaltet werden. Wenn man die Summen vor Augen hat und wenn für den Verteidigungshaushalt überhaupt keine Schuldenbremse mehr gelten soll, dann ergibt sich: Die Schuldenbremse wird weggesprengt! Und daran wollen Sie als MdB der CDU oder der CSU aktiv mitwirken? Die gesamte finanzielle Stabilitätskultur Deutschlands, für die vor allem CDU und CSU standen, wäre mit den vorliegenden Plänen weggefeht. Mit wem wollen Sie Wirtschaftsreformen beginnen, wenn der Haushalt überhaupt nicht mehr zu Prioritätsentscheidungen zwingt? Schulden sind immer die Steuern von morgen - die Wirtschaftskompetenz von CDU und CSU würde unter diesen gigantischen Sonder-Schulden völlig begraben. Wir Familienunternehmer sind entsetzt, dass ausgerechnet die Unionsführung jetzt das Gegenteil von dem vorschlägt, was Sie im Wahlkampf noch mutig verteidigt haben.

Auch wenn die Zeit knapp ist: Bitte signalisieren Sie Ihrer Fraktions- und Parteiführung, dass das gesamte Projekt nochmal nachverhandelt werden muss!

Nötig wären z.B.

- Für die Verbesserung der Verteidigung ein summenmäßig begrenzter Sonder-Schulden-Fonds statt einer völligen und dauerhaften Herauslösung aus der Schuldenbremse
- Den Prozentsatz des BIP, bis zu dem Verteidigungsausgaben weiter aus dem regulären (!) Haushalt zu zahlen sind, auf das NATO-Ziel von 2 Prozent erhöhen

Seite 3
zum Schreiben vom
5. März 2025

- Einfügung eines engen Katalogs, was aus dem Sonder-Schulden-Fonds „Verteidigung“ finanziert werden darf
- Falls kein Verzicht auf den Sonder-Schulden-Fonds für Infrastruktur möglich ist, wenigstens die Summe deutlich reduzieren und einen engen Katalog mitbeschließen, was daraus als „Infrastruktur“ finanziert werden darf
- Keine weiteren Themenfelder für weitere Sonder-Schulden akzeptieren

Für die Glaubwürdigkeit von CDU und CSU steht einfach zu viel auf der Kippe. Und für uns Familienunternehmer steht die Zukunft hier im Lande auf dem Spiel. Im Wahlkampf haben wir auf Sie und Ihre Partei vertraut. Bitte werden Sie Ihrem Mandat, den großartigen Traditionen Ihrer Partei und der Situation gerecht.

In großer Sorge und mit freundlichen Grüßen



Marie-Christine Ostermann
Präsidentin DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.